Cottbuser Herzblatt

Chośebuska wutšobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

13. Jahrgang / Nr. 9 (160) September 2005 Bitte 0,75 Euro spenden

In dieser Ausgabe

Die Linkspartei.
Die WASG.
Die Wahl.

18. September

Erststimme: Andreas Trunschke

Zweitstimme: Die Linke.PDS

(Liste 3)

Wahlkampf

Schönbohm und Stoiber sind keine Dummköpfe, die mal ebenso einen Fehler im sonst strategisch organisierten Wahlkampf machen.

Die CDU/CSU müsste im Falle eines Wahlsieges die antisoziale Politik des Genossen der Bosse Schröder fortsetzen und verschärfen. Das bringt ihnen den Zorn der Massen und höchstens 4 Jahre Macht. Also, wenn die CDU bei der Bundestagswahl hinter die SPD zurückfällt, ist eine große Koalition SPD/CDU möglich. Die SPD hat die Führung in der Koalition und bekommt für die Fortsetzung der Schröderpolitik die Wählerquittung. (So machen es zur Zeit die Grünen mit der SPD – denn die Grünen schreien zur Zeit „haltet den unsozialen Schurken" und waren dennoch maßgeblich mitverantwortlich; bis hin zur 1. Kriegsbeteiligung Deutschlands gegen einen souveränen Staat.)

Die SPD hat dann bis zur nächsten Wahl die Möglichkeit der Selbstzerstörung oder Spaltung – auf jeden Fall droht ihr die politische Bedeutungslosigkeit.

Die CDU kann im Fall eines schlechteren Wahlergebnisses als die SPD oder auch nur eines schlechteren Wahlergebnisses als vor 3 Jahren eine Kanzlerkandidatin abservieren und Herr Stoiber steht mit einer CDU-Mannschaft aus der zweiten Reihe im Rampenlicht.

Die medienwirksame Diskussion um Beleidigung oder Nichtbeleidigung der „Ossis" lenkt herrlich von inhaltlichen Auseinandersetzungen ab.

Unser Wahlprogramm muss an die Wähler und wir kämpfen um die Erst- und Zweitstimme.

Gebz

P.S.: Obwohl Schröder den Konzernen jede erdenkliche Freundlichkeit geschenkt hat, steigen die Aktienkurse erst seitdem er seine Selbstdemontage öffentlich gemacht hat. Zufall? Eher nicht!

www.sozialisten.de

Neue Perspektiven

Den ersten gemeinsamen Infostand von Linkspartei.PDS und WASG gab es am 20.08. zum Wahlkampfauftakt. Das nahmen viele CottbusserInnen mit Interesse zur Kenntnis und verbinden das mit großen Hoffnungen für mehr Bewegung in der politischen Landschaft. Die Gleichförmigkeit der „Etablierten" erschwerte ihre Wahlentscheidung. Neben sozialen Ängsten bewegen gerade Frieden und Umwelt die Menschen. Erhöhen die Auslandseinsätze der Armee die Terrorgefahr für Deutschland? Läßt sich Bergbau und Umwelt in Einklang bringen? Wo sollen wir aber arbeiten?

Es bewegte aber auch viele, werden WASG und PDS sich zusammenraufen? Eine langfristige Perspektive verlangt nach gesellschaftlichen Konzepten, die weit über das pragmatische Korsett hinausreichen, heißt Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen zu geben, die die „großen Parteien" nicht geben.

Frosch

Die Linkspartei. Die Wahl. Eine Zukunft.

Die BO-32 im Gespräch mit dem Sprecher der WASG Cottbus, Christian Eike

am 21. September um 17.oo Uhr im „Brandenburger Hof"

Die BO-32
lädt alle Interessierten
recht herzlich ein

Die WASG Die Wahlalternative in Südbrandenburg und Cottbus

Am 7. September 2005 wird der Ortsverband der WASG in der Stadt Cottbus gegründet.

Cottbus ist damit ein Nachzügler im Süden Brandenburgs; längst existiert die WASG andernorts, z.B. in Schipkau und natürlich in Senftenberg; dort fing mit den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetze alles an in der hiesigen Region. Selbst von Arbeitslosigkeit Betroffene oder Bedrohte, Familienangehörige, Kollegen und Freunde wehrten sich gemeinsam gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung und die noch schlimmeren Vorstellungen der Union und der FDP. Um dem Protest dauerhafte Wirkung über den Tag hinaus zu geben, wurde zunächst der WASG-Verein, später die Partei WASG gegründet, die schnell zu einem beachteten Faktor im Senftenberger Raum wurde. Und nun zieht Cottbus nach. Viele in der Linkspartei.PDS fragen, ob neben der Linkspartei eine weitere linke Partei erforderlich ist. Dabei muss wohl bedacht werden, dass Linkspartei.PDS und WASG in allen wesentlichen politischen Zielsetzungen, so in der Arbeits-, Sozial, Wirtschafts- und Finanzpolitik wie auch in den Bereichen Friedenserhaltung, Umweltschutz, Menschen- und Bürgerrechte und Bildungspolitik weitgehend übereinstimmende Auffassungen vertreten. Dennoch gibt es Nuancen, die die WASG als (zumindest zunächst) eigenständige Partei erforderlich machen. Zum einen gibt es in großen Teilen der WASG Probleme mit den aktuellen Regierungsbeteiligungen der Linkspartei. Auch scheint es für einen künftigen Zusammenschluss beider Parteien sachgerecht, wenn zuvor beide Parteien bundesweit existieren; dadurch kann vermieden werden, dass durch eine spätere gemeinsame Partei von Anfang an eine Bruchlinie Ost (Linkspartei.PDS) gegen West (WASG) verläuft und so das von den großen Westparteien praktizierte Ausspielen des einen Landesteils gegen den anderen fortgeführt wird. Auch sind die Mitglieder- und Wählerpotentiale beider Parteien nicht vollkommen deckungsgleich; die WASG spricht in den neuen Bundesländern ebenso viele enttäuschte ehemalige SPD-Anhänger an wie Linke, die aufgrund unorthodoxer und kreativer Gedanken oder unkonventioneller Lebensweise in der DDR Schwierigkeiten mit der SED-Regierung hatten und für die aufgrund dieser eigenen Erfahrungen eine unmittelbare Mitgliedschaft in der PDS trotz übereinstimmender politischer Zielsetzungen immer noch nicht in Frage kommt. Dass Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam am selben Strang und, noch wichtiger, auch in die gleiche Richtung ziehen, dürfte eine solide Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit als Partner und Freunde, nicht als Konkurrenten darstellen. In Cottbus trägt diese Partnerschaft im beginnenden Bundestagswahlkampf bereits erste reiche Früchte:

Fast alle Aktionen von Plakatierungen über Infostände bis zu abendlichen Diskussionsveranstaltungen werden gemeinsam ausgerichtet. Im Kampf für eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Geld, Bildung und aller anderen Ressourcen stehen beide Parteien fest zusammen eingedenk des Mottos Oskar Lafontaines für diese Wahl: Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Christian Eicke, WASG

POLITIK FÜR ALLE

In Wahlkampfzeiten und in Zeiten der Formierung der neuen Linken ist die Information über die Zielstellungen Gleichgesinnter besonders wichtig.

Oskar Lafontaine hat in seinem neuesten Buch einen besonders wichtigen Beitrag geleistet, die Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik offen zu legen und den Populismus und die sprachliche Korruption der Lobbyisten dieser Wirtschaftspolitik in den so genannten Volksparteien und ihrer Koalitionspartner zu entlarven. Gleichzeitig entwickelt er für nahezu alle Politikfelder Zielstellungen um das drohende vollständige Zerbrechen des dem Allgemeinwohl verpflichteten Sozialstaates zu verhindern.

Dieter Brendahl

Noch 18 Tage bis zur Wahl!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde,

Wir haben uns gemeinsam darauf verständigen können, dass sich die deutsche Linke neu formiert. Wir sind jetzt die Linkspartei.PDS und haben die Chance, 15 Jahre nach der Einheit den Prozess des Zusammenwachsens zwischen Ost und West zu gestalten. Dazu fließen die Erfahrungen der PDS und der WASG und vieler Sympathisanten ein. Gemeinsam wollen wir, dass es im Bundestag künftig eine Fraktion gibt, die endlich wieder das Thema Gerechtigkeit auf die Tagesordnung setzt.

Mit unserem Wahlkampf wollen wir den Einstieg in den Fusionsprozess einer Linken in Gang setzen. Die Chance, unser Wahlziel zu erreichen, ist gut. Jetzt geht es darum, unsere politischen Ziele zu erläutern. Jeder von uns ist aufgefordert, unser Wahlprogramm mit unseren alternativen Vorschlägen in Gesprächen mit Nachbarn, Freunden, Bekannten zu diskutieren. Viele Menschen haben uns vor allem auch zu den Landtagswahlen ihrer Sympathie versichert. Wir haben einen erheblichen Vertrauensbonus erhalten, den es zu untersetzten gilt. Nutzen wir die vorhandenen Stimmungen, um die Menschen anzusprechen und zu mobilisieren, uns am 18. September ihre Stimme zu geben.

Was wir vor allem vermitteln wollen: Die Zweitstimme ist die Stimme für unsere Partei. Diese Stimme entscheidet, ob wir wieder mit Fraktionsstatus in den Bundestag einziehen, mit den gleichen Rechten und Möglichkeiten, wie die anderen Parteien.

Wir wollen aber auch Direktmandate erzielen. Mit unserem Direktkandidaten Dr. Andreas Trunschke nutzen wir bis zum 18. September auf vielen Veranstaltungen im Wahlkreis 64 unsere Möglichkeiten, um die Bürgerinnen und Bürger von unserer Wählbarkeit zu überzeugen, und trotzen allen Anfeindungen der andren Parteien. Wir werden den Regierenden und allen Zweiflern klar und deutlich sagen, dass es ohne Die Linkspartei.PDS keine Änderungen in der Politik geben wird.

Gundula Schmidt
Stellv. Vors. Stadtvorstand
Die Linke.PDS Cottbus

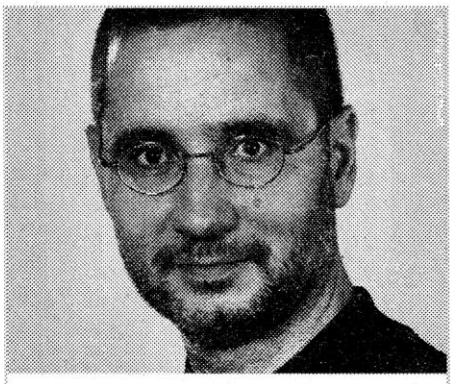
FÜR EINE NEUE POLITIK

Diese Bundestagswahl bietet zwei riesige Chancen: Erstens müssen mit dem Einzug der Linkspartei in den Bundestag wieder wirkliche inhaltlich Alternativen diskutiert werden. Verfahren SPD-CDU-Grüne-FDP nach der Devise, es reicht nicht mehr für alle, also muss der Arme einspringen, so wird die Linkspartei fragen, warum es angeblich nicht mehr reichen soll und warum zugleich der Reiche Geschenke bekommt. Dann können die vier anderen Parteien nicht mehr allein darum streiten, wie brutal weiter von unten nach oben umverteilt werden soll, dann geht es auch darum, ob zur Abwechslung sich nicht auch wieder die Reichen an der Finanzierung der Gemeinschaft beteiligen. Dann geht es nicht allein um mehr oder weniger Änderungen von Hartz IV, sondern darum, ob Hartz IV überhaupt der richtige Ansatz ist. Allein solche Fragen wären es wert, die Linkspartei stark in den Bundestag zu wählen. Tatsächlich verändern schon heute die anderen Parteien ihren Wahlkampf. Aber die Linkspartei wird nicht nur fragen, sie wir auch antworten. Einige Antworten liegen bereits auf dem Tisch: ein Steuerkonzept, ein Gesundheitskonzept, ein Rentenkonzept, zur Friedenspolitik. Ihre Ostkompetenz muss sie im Gegensatz zu Schönbohm und Stoiber sicher nicht betonen. Mit der Linkspartei wird Ostdeutschland wieder eine Rolle in der Bundespolitik spielen. Bei alldem verspricht die Linkspartei nicht das Blaue vom Himmel. Man muss an der Politik der PDS in Berlin sicher manches kritisieren, aber weder Freunde noch Gegner bestreiten, dass erst mit der Regierungsbeteiligung der PDS mit der Sanierung des Haushaltes ernst gemacht wurde.

Zweitens wird sich der Politikstil verändern. Die Linkspartei war als einzige Bundestagspartei für eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung, so wie sie grundsätzlich für mehr Mitbestimmung aller eintritt. Eine linke Partei braucht ein breites Bündnis, will sie gegen die Parteien des neoliberalen Blocks bestehen. Sie kann nicht nur Politikangebote für die Menschen machen, sie muss mit ihnen Politik machen. Zunehmend wird sie Mechanismen entwickeln müssen, damit die Leute ihre Angelegenheiten selbst regeln können. Ein Beispiel dafür ist bereits heute der Bürgerhaushalt, den in Cottbus zuerst die PDS eingebracht hat.

Die Linkspartei muss sich in Inhalt und Stil von den anderen Parteien unterscheiden - und sie wird es. Damit wieder über wirkliche Alternativen in Inhalt und Stil gestritten werden kann, braucht es eine starke Linke im Bundestag.

Andreas Trunschke



Andreas Trunschke:
Gemeinsam bewegen wir das Land.
Für eine neue soziale Idee.

DIE LINKE.PDS

Landeslisten und Klagedrohungen

Am 30.07.2005, wählten die Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung in Frankfurt/Oder aus 35 KandidatInnen ihre 12 Personen umfassende Landesliste für die Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag. Fürsprache aus dem Wahlkreis 64, wo er Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS ist, erhielt Dr. Andreas Trunschke. Er konnte sich für den 12. Listenplatz empfehlen. Auf den ersten Plätzen stehen Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann und Diana Golze. Drei Nichtmitglieder unserer Partei kamen auf die Offene Liste. Die Liste wurde mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

Aber es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Nun kommen aus dem gegnerischen Lager Klageforderungen zu den aufgestellten Listen. Durch den Bundeswahlkampfleiter, Bodo Ramelow, wurden alle Prüfungen veranlasst, um die Listen juristisch unangreifbar zu machen. Aber die Kandidatur von Vertretern der WASG auf Offenen Listen der Linkspartei.PDS ist dem neoliberalem Lager ein Dorn im Auge. (...)

Wie sehr die Linkspartei.PDS den etablierten Parteien gefährlich wird, sehe ich auch an deren Verhaltensweise, sie von der Wahl am besten auszuschließen.

Annely Richter
Delegierte Landesparteitag

Aus meiner Sicht

Ekelhaftes Geplänkel

Wie man sich in Schröders Ministerriege in eine Große Koalition einschleimt

Die erneut auftauchende Debatte in der SPD-Führungsriege über eine eventuelle große Koalition nach der Bundestagswahl nimmt immer skurrilere Züge an. Lautstarken Dementis des Kanzlers folgen, Nadelstichen gleich, regelmäßig Meinungsäußerungen von Kabinettsmitgliedern, die ein Zusammengehen mit CDU/CSU, natürlich als „letztmögliche Option", nicht völlig ausschließen wollen.

Schließlich habe der Wähler das entscheidende Wort und außerdem müssten in einer Demokratie alle Parteien untereinander koalitionsfähig sein. Mit Ausnahme - selbstverständlich- der Linkspartei.PDS.

Mal abgesehen davon, dass die PDS gegenwärtig keinerlei Interesse an einer solchen „Beziehung" hat, wirft derartiges eilfertiges Anbiedern an die Union Schlaglichter auf den Zustand der SPD sowie auf das Denken einiger ihrer Protagonisten. Bezeichnend ist auch der Personenkreis von dem diese Gedankenspiele kommen: Clement, Eichel, Schily.

Gibt's nicht gerade bei diesen Dreien viele mit der Union übereinstimmende Auffassungen, mal abgesehen von ihren persönlichen Machtinteressen? Was unterscheidet einen Wolfgang Clement beispielsweise grundsätzlich vom CDU-Wirtschafsexperten Friedrich Merz, einen Eichel von einem Waigel , einen Schily von einem Beckstein?

Sie alle steuern doch, nur in Nuancen zu unterscheiden, den gleichen neoliberalen Kurs des Sozialabbaus, der Umverteilung des Reichtums von unten nach oben sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Rechten und Freiheiten in diesem Lande. Sie sind Brüder im Geiste und in der Tat.

Kein Wunder also , dass gerade ihnen eine große Koalition durchaus plausibel erscheint. Da wirkt es mehr als hirnrissig, wenn in diesem Zusammenhang Lafontaine als „Verräter" an der Sozialdemokratie verteufelt wird.

An den Herren Clement, Eichel und Schily zeigt sich, wer wirklich das Sozialdemokratische in der Politik aufgegeben hat und das sinkende Schiff zu verlassen gedenkt.

Bei diesem ekelhaften opportunistischen Geplänkel muss es ja jedem ehrlichen Genossen an der sozialdemokratischen Basis geradezu den Magen umdrehen.

Umso notwendiger ist eine starke Linkspartei im Bundestag, die diesem unheilvollen Komplott eine konsequente Opposition entgegensetzt.

J.T.

Ist vor der Wahl Gesagtes nach der Wahl Getanes?

Die seit der Wende gemachten Erfahrungen mit Schwarz/Gelb und Rot/Grün geführten Regierungen lassen mich daran zweifeln.

Es ist wie gehabt: Dem Wahlvolk wird durch die bürgerlichen Parteien und ihre Steigbügelhalter im Wahlkampf wieder alles versprochen.

Ich frage mich wiederholt:

Warum ist der Wähler so vergeßlich?

Wieso hat er keine scharfe Erinnerung an durch Politik Erfahrenes?

Warum unterscheidet er nicht zwischen Wahrheiten, Halbwahrheiten, Demagogie, Panikmache und Verleumdungen des politischen Gegners?

Warum analysiert er nicht seine Erfahrungen vorangegangener Wahlen?

Es gibt doch auch einfache Messlatten, um zu beurteilen, was gut und sinnvoll für die Familie und für das Land ist und wo die Interessen der Machtbewahrer, der Befürworter von Hartz IV, des Überwachungsstaates, der Militäreinsätze etc. liegen.

Schon die Angleichung der Höhe des Regelsatzes Hartz IV Ost an West ist doch eine Messlatte! . . .

Wählen wir die Regierung, die wir verdienen!

Annely Richter - Stadtvorstand

Die PDS und der Spitzensteuersatz

Die PDS will den Spitzensteuersatz auf 50% anheben! Das melden die Medien und machen auch gleich Angst, dass diese roten Socken den Menschen ans Beutelchen wollen. Dann wollen die auch noch das Ehegattensplitting abschaffen, hat sich doch der Bundesmichel über fünf Jahrzehnte daran gewöhnt, sein Ehegesponst von der Steuer absetzen zu dürfen. Also ans Eingemachte wollen diese gefährlichen Brüder uns allen!

Nun, es ist ja auch nicht ganz einfach, wenn im Steuerkonzept der PDS (wie übrigens im Gesetz schon immer) solche komplizierten Formeln stehen. Aber macht man daraus die bekannte Tabelle, aus der auch der ungeübte Steuerfuchs seine Abgaben ablesen kann, lichtet sich der Nebel. Das, was da vorn immer in der ersten Spalte steht, ist das zu versteuernde Einkommen. Jeder weiß, dass man da erst einmal einiges absetzen kann. Das kann man auch nach dem PDS-Vorschlag, wenn auch deutlich übersichtlicher. Bis 12.000 Euro pro Nase bleiben nach PDS-Rechnung steuerfrei. Das sind für zwei Personen schon 24.000 Euro.

Richtig zur Sache geht es im Steuermodell der PDS erst ein ganzes Stück darüber. Aber wo leben wir denn! Wenn unsere Durchschnittseinkommen diese Größenordnungen erreichen würden, sähe es in den kommunalen Kassen auch nicht mehr so klamm aus. Die Frage ist aber doch, warum das Geschrei der Wenigen, die es deutlich härter trifft, um so viel lauter tönt, als die Stimme der Viele, für die das ganz anders ist!

Dr. Edeltraud Radochla

Zu versteuerndes Einkommen	Familien-Situation	Zu versteuerndes Einkommen		Steuern Heute	Steuern PDS-Vorschlag	Differenz
12.000 €	Single			821 €	68 €	+ 753 €
25.000 €	Ehepaar	Er:	15.000 €	1.872 €	153 €	+ 1.719 €
		Sie:	10.000 €		1)	
35.000 €	Lebens-partner	Er:	20.000 €	4.392 €	1.916 €	+ 2.476 €
		Sie:	15.000 €	(2.850 + 1.542 €)	(1.433 + 483 €)	
18.000 €	Single			2.313 €	1.031 €	+ 1.282 €
60.000 € 2)	Ehepaar	Sie:	40.000 €	11.614	8.491	+ 3.123 €
		Er:	20.000 €		(7.058 € + 1.433 €)	
60.000 €	Single			17.286 €	15.599 €	+ 1.787 €
100.000 €	Ehepaar					+ 3.535 €

1) Vorschlag der PDS: jeder soll für sein Einkommen allein Steuern bezahlen, das wären für sie Null Euro. Da sie ihren Grundfreibetrag nicht voll ausschöpft, darf der Partner (übrigens auch der Lebenspartner) noch einmal 2.000 Euro weniger versteuern, also nur noch 13.000 Euro. Es bleiben 153 Euro Steuern übrig.

2) Man bedenke: 60.000 Euro zu versteuerndes Einkommen, nach allen Abzügen!

Kulturministerin lässt Engagement für Kultur vermissen

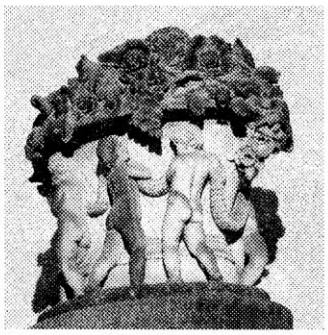
Vorfall in Cottbus verdirbt das Klima

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat auf die erfolgreiche Klage von zwei Beschäftigten des Staatstheaters Cottbus mit Drohungen und in einem Fall mit Hausverbot reagiert. Die Beschäftigten hatten gegen die Übernahme ihres Beschäftigungsverhältnisses vom Land zur Kulturstiftung Cottbus geklagt. Die Stiftung war aus Theater und Brandenburgischer Kunstsammlung entstanden. Fast alle Beschäftigten beider Einrichtungen legten vorsorglich Widerspruch ein.

Der Lausitzer Landtagsabgeordnete Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann erklärt dazu:

„Die Kulturministerin des Landes Brandenburg ist dafür bekannt, dass sie Widerspruch nur schwer dulden kann. Das zeigte sich, als sie fest entschlossen dafür kämpfte, dem Filmorchester Babelsberg alle Landeszuwendungen zu streichen. Das zeigt sich immer wieder auch bei kleineren Auseinandersetzungen im Kulturausschuss oder im Parlament. Durch besonderen Einsatz für die Kultur im Lande ist sie mir bisher nicht aufgefallen. Der Finanzminister hat wohl von ihr nichts zu befürchten.

Es ist schlimm genug, dass auch die Kultur des Landes unter knappen Kassen zu leiden hat. Gerade aber wegen dieser Situation darf nicht sein, dass für Kunst und Kultur engagierte Menschen im Lande oft von oben herab belehrt, diszipliniert und jetzt – wie im Falle von Mitarbeitern des Staatstheaters Cottbus – gemaßregelt werden.



Es geht zu weit, wenn zwei Mitarbeiter des Theaters in Cottbus, die erfolgreich gegen den Übergang des Arbeitsverhältnisses vom Land zur Stiftung geklagt hatten, mit Kündigung gedroht wird und einer der Kläger Hausverbot erhält.

Ich verlange die sofortige Rücknahme dieser Personalmaßnahmen und bitte die Ministerin, sich im Interesse der Beschäftigten an einer konstruktiven Lösung des Problems zu beteiligen. Für das Theater wäre ein Klima der Angst äußerst ungünstig. Die vorhandenen Probleme sind schwerwiegend genug.

Ich erwarte, dass Ministerin Wanka in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 24. August zu diesen schwerwiegenden Vorwürfen Stellung nimmt."

V.i.S.d.P.: Cathleen Bürgelt
Fotos: Figuren am StaatstheaterCottbus

Von der Macht des Geldes

- Report aus der Weißwäscherei -

1. Seit dem Mord an GOTTES SOHN nennt man **Blutgeld**: Judaslohn.
2. Wird Politik durch Geld geschmiert, ist es zum **Schwarzgeld** hinmutiert.
3. Im Ausland danach **weißgewaschen**, macht's prallen Sack und volle Taschen.
4. Der schnöde Mammon gut gedeiht **entgegen Gott** im Kanzlereid.
5. Statt Christenliebe scheint das Beste dem **Geldsack** die befleckte Weste.
6. Man hört das alte Schlachtroß schnaufen: selbst die **„Ehre"** läßt sich **kaufen**.
7. Wie Raffkes ihre **Pfründe sichern**, da muß sogar der Teufel kichern.
8. Die Falschpropheten sollten schweigen, statt **„deutsche Leitkultur"** zu zeigen.
9. Aus solchem **Selbstbedienungsladen**, erwächst den deutschen Wählern Schaden.
10. Drum: Wer mißachtet die Gebote, der ist **des Herren Antipode**.

O.R.

Wissenschaft, Kultur und die soziale Frage

„Das ist ja schön und gut mit Deiner Kultur und Wissenschaft, aber was nutzt mir das? Kultur haben wir hier schon lange nicht mehr, Wissenschaft haben wir nie gehabt. Ich brauche Arbeit." – So oder ähnlich höre ich es oft an Infoständen und in Gesprächen. Selbstverständlich versuche ich dann dem Gesprächspartner konkret zu helfen und ihm die Vorschläge der Linkspartei.PDS zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hier und heute zu erläutern. Aber ich weiß, dass wir ohne meine beiden Spezialgebiete die sozialen Probleme nicht lösen werden, weder hier noch anderswo, weder heute noch morgen.

Denn Bildung ist selbst zur entscheidenden sozialen Frage geworden. Der Zugang zum Wissen, zu seiner Entstehung, seiner Vermittlung und seiner Anwendung bestimmt in einem Maße über den Wohlstand jedes einzelnen und selbst ganzer Regionen wie nie zuvor in der Geschichte. Eine schlechte Schule bedeutet einen schlechten Start ins Leben. Eine mittelmäßige Hochschule bringt weniger Firmenansiedlungen und Forschungskooperationen, weniger Studenten. Wer im Job bleiben will oder einen neuen sucht, kommt um eine fundierte Weiterbildung kaum herum. Es ist deshalb ein Skandal, dass in Deutschland der soziale Status so sehr über den Zugang zum Wissen entscheidet wie in kaum einem anderen europäischen Land.

Darüber hinaus hängen neue, sichere Arbeitsplätze ganz direkt von Wissenschaft und Forschung ab. Wir werden unseren Lebensstandard nur halten können, wenn unsere Produkte konkurrenzfähig und innovativ sind sowie kostengünstig hergestellt werden können. Davon, ob das gelingt, hängt am Ende direkt oder indirekt fast jeder Arbeitsplatz ab, egal wo in Deutschland.

Kultur und Wissenschaft werden oft als Kostenfaktoren gesehen. Dabei wird oft übersehen, dass sie selbst Arbeitsplätze bedeuten. Allein in der Lausitz dürften mehrere Tausend Arbeitsplätze unmittelbar von diesen beiden Bereichen abhängen. Nicht unerheblich ist z.B. die Kaufkraft, die allein die Studenten in die Region bringen.

Nicht zu vergessen, dass gerade die Kultur viel dazu beiträgt, das Leben lebenswert zu machen. Schließlich bietet sie ebenso wie die Wissenschaft Orientierungsmöglichkeiten. Mir scheint das gerade angesichts der immer komplizierter werdenden Welt und unserer sozialen Probleme sehr wichtig zu sein.

Deshalb ist es für die Linkspartei wichtig, dass sie als Partei der sozialen Gerechtigkeit eine kulturvollen und der Wissenschaft aufgeschlossene Partei bleibt. Deshalb ist sind auch für die Lausitz Wissenschaft und Kultur wichtig – für fast jeden und für die ganze Region.

Andreas Trunschke

Kürzung der Diäten für Auszubildende!

Zur Zeit geistert es mal wie jedes Jahr durch die Medien: Lehrstellenmangel trotz Ausbildungspakt.

So kommt der BDI auf die glorreiche Idee - passend zum Wahlkampf - das läge am zu hohen Lehrlingslohn sowie an den ungebildeten, unmotivierten, arbeitsscheuen Jugendlichen. Würde man den Lohn aber senken, dann würden alle berechtigten Unternehmen mit Begeisterung ausbilden.

Wenn ich so etwas höre, frage ich mich regelmäßig, ob diese Leute überhaupt wissen wie die Praxis aussieht!

Ich habe gerade meine Ausbildung zum Pferdewirt Zucht und Haltung abgeschlossen und kann daher ein wenig aus dem „Nähkästchen plaudern".

Ich hatte regelmäßig Wochenarbeitszeiten von 80 Stunden und mehr, arbeitete regelmäßig an Feiertagen und Wochenenden bzw. nach der Berufsschule, ohne Freizeitausgleich. Daß man auf eigene Kosten (?) an Veranstaltungen wie z.B. Turnieren und Kursen teilnimmt, sich an Exkursionen der Berufsschule beteiligt oder sich Prüfungskleidung im Wert von ca. 500 Euro besorgt, gilt als selbstverständlich. Zuschüsse vom Arbeitsamt dafür werden nicht bzw. kaum gewährt. Da Lehrlinge in der Landwirtschaft ja alle „Scherverdiener" sind, ist das auch gar kein Problem.

Meine Hauptaufgaben in den vergangenen Jahren waren: ausmisten, fegen, Koppeln abäppeln, Unkraut zupfen. Alles Arbeiten, die zum Beruf gehören, aber eben nicht nur, den die Abschlußprüfung findet nicht im Wettmisten statt. Geprüft werden aber Reiten, Fahren, Longieren, Pferdebeurteilung u.v.m..So nutzte ich die Berufsschule des öfteren zum Schlafen, da ich häufig bis Mitternacht Pferde ritt, um Reiten zu trainieren. Vieles andere lernte ich auf eigene Kosten in meinem Urlaub, so z.B. das Fahren von Ein- und Zweispännern. Dreimal wechselte ich - insolvenzbedingt - den Ausbildungsbetrieb. Dadurch, daß jeder Betrieb einen anderen Schwerpunkt hatte, konnte ich jedesmal etwas mitnehmen. Das Grundproblem aber, zu lange Arbeitszeiten und zu wenig eigentliche Ausbildung, blieb überall gleich.

Außerdem unterrichten die Berufsschulen in den unterschiedlichen Ländern, auch im gleichen Beruf, verschiedene Fächer und stellen eigene Prüfungskriterien auf - Kleinstaaterei pur!

Die staatlichen Stellen sollten daher nicht um Ausbildungsplätze in den Unternehmen betteln gehen, sondern vor allem auch eine Qualität der Ausbildung einfordern. Dazu müßten gesamtdeutsche Ausbildungsrahmenpläne, auch für die Berufsschulen erarbeitet und deren Einhaltung kontrolliert werden.

Die hohen Abbruch- und Durchfallquoten haben nicht nur etwas mit unmotivierten und ungebildeten Lehrlingen zu tun, sondern auch mit unqualifizierten und desinteressierten Ausbildern!

Jenny Newiak

Wahlkampf benötigt auch Geld

Um den Wahlkampf im Wahlkreis 64 mit dem Direktkandidaten Dr. Andreas Trunschke erfolgreich führen zu können, benötigt der Vorstand neben vielen engagierten, ideenreichen Wahlhelfern auch Geld. Die aufgerufene Spendenaktion zur finanziellen Unterstützung des Bundeswahlkampfes fand bei Genossen und Sympathisanten einen starken Widerhall. Über 40 Basisorganisationen haben bisher Spenden in Höhe von 5800 € beim Stadtvorstand abgerechnet. Darüber hinaus wurden die vom Bundesvorstand an die Genossen verschickten Sammellisten und Überweisungsträger genutzt. Im Bekannten- und Freundeskreis haben sie gesammelt und das Geld direkt dem Bundeswahlkampfbüro zugeleitet.

Der Stadtvorstand bedankt sich ganz herzlich für die bisherige aktive finanzielle Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Linkspartei.PDS.

Ursula Grunow
Schatzmeisterin des Stadtvorstandes

Hartz-Ratgeber

Bedarfsgemeinschaft oder nicht?

Wer dazu gehört oder nicht, ist vor allem wichtig bei der Anrechnung von Einkommen der Mitglieder einer solchen Gemeinschaft. Die Oma, die Tante, der erwachsene Sohn gehören z.B. nicht dazu.

Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören nur die nicht dauernd getrennt lebenden Ehepartner bzw. Lebenspartner, wenn sie in einer eheähnlichen Gemeinschaft leben. Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören weiter die minderjährigen unverheirateten Kinder, nicht die übrigen. Lebenspartner sind nicht gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet. Die Vermutung, dass sie es tun, muss begründet sein, z.B. durch gegenseitige Kontoverfügung oder andere gemeinsame vertraglichen Verpflichtungen. Ist ein gegenseitiges Einstehen in Notlagen nicht nachweisbar, darf nicht automatisch eine Bedarfsgemeinschaft angenommen werden.

Ist eine Bedarfsgemeinschaft nicht erkennbar, leben aber verschiedene Personen in einem Haushalt (z.B. die Oma, der Onkel, Pflegekinder, andere nicht verwandte Personen usw.), handelt es sich um eine Haushaltsgemeinschaft.

Lebt ein ALG-II-Empfänger „nur" mit Freunden zusammen, darf nicht vermutet werden, dass diese ihn unterstützen. Eine Haushaltsgemeinschaft liegt auch nur dann vor, wenn gemeinsam gewirtschaftet wird, nicht z.B., wenn ein Untermietverhältnis besteht. Wenn Angehörige einen mit ihnen in Haushaltsgemeinschaft lebenden ALG-II-Empfänger nicht unterstützen können oder wollen, kann die anderslautende Vermutung der Behörde durch eine glaubhafte Erklärung widerlegt werden. Dennoch vermuten die Behörden regelmäßig, dass bei einem Einkommen des Angehörigen über dem doppelten Regelsatz plus den anteiligen Miet- und Heizkosten der übersteigende Betrag zur Hälfte als Unterstützung für die bedürftige Person zur Verfügung steht. Die reiche Erbtante scheint vermutlich ihre massenhafte Auferstehung zu feiern.

Wahlkreisbüro MdL Christian Otto

„Andere Parteien predigen Wasser und trinken Wein. Wir predigen Wein, weil keiner in Armut leben soll."

Gregor Gysi

Wahlkampf für Cottbus

Mit dem Wahlkampfauftakt am 20.08. begann in Cottbus die „heiße Phase" des Wahlkampfes für die Linkspartei.PDS. Wirklich begann sie zuvor mit der Beseitigung von Müll der Wegwerfgesellschaft, die eigentlich der Stadt Cottbus in Rechnung gestellt werden müßte. Sonderlich attraktiv für Besucher präsentierte sich der Stadthallenvorplatz jedenfalls nicht. Die Preise für die Stromversorgung haben sich ja auch der Marktlage „angepaßt". Durch den Wahlkampfauftakt wurde die Stadt um einen Höhepunkt für Besucher der Stadt bereichert, der sich marktwirtschaftlich aber nur schwer bemessen läßt, aber auf sehr unterschiedliches Interesse stieß. Das reichte von der Auskunft über den Weg nach ... bis zur Diskussion über die politischen Perspektive und die Notwendigkeit der Linken im Bundestag.

Frithjof Newiak

STASI in Bayern untergetaucht!

Wann wird im Wahlkampf die Stasi-Keule ausgepackt???

Mit Argusaugen

Soviel, wie die reden...

„Soviel, wie die reden muss, kann sie beim besten Willen nicht denken", schrieb der Satiriker Ernst Röhl unlängst im ND fast ein bisschen entschuldigend über Angela Merkel und ihre „wolkigen Nullsätze".

Leider trifft mangelndes Denkvermögen, bevor die Worte aus dem Munde entlassen werden, auf viele Politiker zu, die auf Teufel komm raus um die Macht rangeln. Wo man dem Volke nur Honig ums Maul schmieren will, bleibt der Denkapparat offenbar auf der Strecke. Dachte Herr Stoiber, als er den Spruch losließ von den Bevölkerungsteilen, die leider nicht so klug sind wie die Bayern? Hatte Herr Schröder nachgedacht, als er die Halbierung der Arbeitslosigkeit versprach? Benutzte der inzwischen entlassene Herr Hartz seinen Kopf zum Denken, bevor er am 16. August vor 3 Jahren erklärte: Beginnend ab heute, 11 Uhr, wird die Arbeitslosenzahl in drei Jahren um 2 Millionen reduziert sein. ? (Die drei Jahre sind um, die Zahl der Arbeitslosen ist um 800 000 gestiegen, es gibt 1,4 Millionen weniger sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten als zuvor...)

Da kann man nur angewidert feststellen: Selbst wenn einer denken kann – als Politiker einer der beiden großen Volksparteien (wie sie sich so gerne nennen) und im Dienste der Konzerne verlernt er es auf alle Fälle!

GeKa

Volltreffer, Herr General!

Sind Verbrechen absolut systembedingt? Es wäre sehr gewagt, dies zu behaupten. Können Systeme Kriminalität begünstigen oder erschweren? Schon eher zu bejahen. Die DDR dürfte beim nachträglichen Vergleich mit der alten BRD nicht schlecht abschneiden.

Schönbohm sprach von „Proletarisierung" in der DDR auf dem Lande. Waren die Genossenschaftsbauern, welchen der brandenburgische Innenminister in seiner abstrusen Denkweise die Verantwortung für jenes scheußlichen Verbrechen, das unter den Augen auch seiner Behörde fortgesetzt begangen werden konnte, in die Schuhe schieben möchte, Proletarier? Proletarier sind Besitzlose. Die „Kollektivierung" führte nicht zur Besitzlosigkeit und folglich nicht zu einer „Proletarisierung". Zwar brachte sie einen Verlust an verfügbarem Eigentum und somit - aus Sicht von Besitzenden - einen gewissen sozialen Abstieg. Aus vormaligen *nur sich selbst verantwortlichen* Grundeigentümern wurden *gemeinsame* Eigentümer landwirtschaftlicher Produktionsmittel.

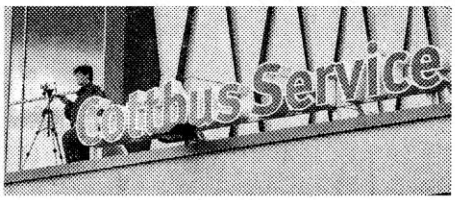
In meinem alten Lateinwörterbuch lese ich: „Proletarius: niedrig, gemein". Das traf auf unsere in der gesamten Gesellschaft hoch angesehenen Genossenschaftsbauern in keiner Weise zu. Sie lebten nicht, wie ihre einstmals im alten Rom ins Proletariat hinabgesunkenen Urururururahnen, auf Kosten der Gesellschaft, sondern ernährten diese nach Kräften und mit großem Können. Ihr Verhalten war somit von einer hohen Moral geprägt. Herr S. hat sie und ihre Nachfahren fürwahr zutiefst gekränkt.

Wer übrigens wissen möchte, was Proletariat bedeutet, sollte bei Marx nachlesen. Eine Anstrengung, die wir Herrn S. nicht zumuten möchten. Marx stellte im Hinblick auf das moderne Proletariat, den „doppelt freien Lohnarbeiter", im „Kapital", Abschnitt „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" fest, „dass im Maße, wie Kapital akkumuliert wird, die Lage des Arbeiters, *welches immer seine Zahlung,* hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss... Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf der Seite der Klasse, die *ihr eignes Produkt als Kapital produziert.*" Ein solcher Zustand begünstigt, wie an jeden Abend im bundesdeutschen Fernsehen bildhaft nachgewiesen wird, Verbrechen.

Seit der Abschaffung des Volks- und Genossenschaftseigentums sind nun auch hier in Brandenburg die Voraussetzungen für ein dem Kapitalismus gemäßes Übermaß an Verbrechen wieder gegeben. Selbst dem starr auf die Linkspartei gerichteten Blick des Generals konnte es nicht entgehen. Dass dieser nun nachträglich bei der die DDR die alleinige Verantwortung für ein in zwei Systemen begangenes Verbrechen sucht, wird, wie Frau Merkel ganz zu Recht befürchtet, der CDU schlecht bekommen. Wenn auf den brandenburgisch-preußischen Innenminister, wie es sogar schon dem Großen König wegen seiner berühmten schlechten Manieren widerfuhr, der Begriff „Prolet" mal ganz negativ angewendet werden sollte – es wäre nachzuvollziehen.

G.S.

Neuer Service in Cottbus !



Sie brauchen ein neues, aktuelles Paßbild? ... Die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem „Cottbus Service" und der Polizei ermöglicht es Ihnen. Melden Sie sich bitte an einem Cottbuser Platz.

Die Aufnahme wurde aufgenommen während des Besuches von Angela Merkel ...

uwe t.

Termine - Termine

03. September - Friedensfest in Forst - ab 15.00 Uhr

03. September - ab 17:00 Uhr Andreas Trunschke in der Werner-Passage "15 Jahre Grüne Zeitung"

06. September - Infostände in Cottbus (Standorte laut Presseveröffentlichung)

06. September - „Zur Zukunft der Arbeit - Was, wenn es nie wieder Vollbeschäftigung gibt?" - Forum der R.-Luxemburg-Stiftung um 18:30 Uhr im Hotel „Radisson SAS - mit Prof. Dr. Dieter Klein und Andreas Trunschke

06. September - Wahlveranstaltung der ISOR TIG Cottbus mit den Spitzenkandidaten von PDS, SPD, CDU und FDP - im „Brandenburger Hof" um 16.00 Uhr

13. September - Wählerforum der Domowina - um 16.00 Uhr im Wendischen Haus

14. September - Seniorenbeirat - Forum mit den Direktkandidaten - um 10.00 Uhr Rathaus am Neumarkt Raum 111

14. September - Kandidatenrunde mit den Gewerkschaften - um 17.30 Uhr im „Haus der Gewerkschaft"; Str. der Jugend 13

15. September - POLITPIANO im Doppeldeck um 19.00 Uhr

18. September - Wahlparty der *Linkspartei.PDS* - ab 17.00 Uhr in der „Freizeitoase" am Amtsteich

21. September - *Die Linkspartei. Die Wahl. Eine Zukunft.* - Eine Veranstaltung der BO-32 mit dem Vorsitzenden der WASG Cottbus, Christian Eike - um 17.oo Uhr im „Brandenburger Hof" (Siehe auch S. 2)

21. September - „Schiller - Was ist er uns heute?" - Die Bücherei Sandow lädt ein zur Plauderstunde im Schillerjahr. Und Ihr werdet ihn kennenlernen. - um 18.00 Uhr in der Bücherei Sandow

Wir gratulieren unseren Genossinnen und Genossen, die zwischen dem 1. und 30. September ihren Geburtstag feiern

Anni Liehr zum 87. Geburtstag am 10. September

Prost - den Geburtstagskindern !

Zum 86. Hildegard Rosenhahn (29.09.)

zum 85. Franz Borys (11.09.)
Richard Sudda (30.09.)

zum 84. Rolf Förster (25.09.)

zum 83. Gustav Exner (07.09.)

zum 82. Hannelore Tschirner (25.09.)

zum 81. Martha Hoffmann (11.09.)

zum 80. Rolf Küster (03.09.)
Ingeborg Kluge (25.09.)

zum 75. Günter Jank (10.09.)
Agnes Pötschke (20.09.)
Karl-Heinz Peters (20.09.)
Erika Nagora (29.09.)

zum 65 Manfred Schemel (10.09.)

zum 50. Helmut Dreko (29.09.)

Schröder ist zur deutschen Lebensart geworden:
Die Franzosen essen bekanntlich gern, die Engländer essen gerne schlecht, die Italiener essen gerne laut ... und wir schlucken eben alles!

Horrorskop

September

Nach einem Eilantrag gibt das Bundesverfassungsgericht einer Klage der PDS statt und erklärt die bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik seit Konrad Adenauer für grundgesetzwidrig. Die DKP verlautbart, dies schon immer gewußt zu haben und wird durch ein Grußtelegramm von Margot Honecker bestätigt, das der Berliner *Tagesspiegel* im Wortlaut veröffentlicht und damit das *Neue Deutschland* demonstrativ herausfordert.

von Heinz W. Konrad
aus „Das Blättchen" - Nr. 26/2004
- wird fortgesetzt -

WAHLKAMPFWETTER

Vorhersage aus dem 100-jährigen Kalender

Monat September:

Das schöne Wetter dauert im September an. In der ersten Monatshälfte werden Regentage selten bleiben. Danach wird es wechselhaft. Ab dem 20. verschlechtert es sich. Der Monat endet mit starken Regen und ersten Herbstanzeichen.

gefunden von AM

Impressum:

Herausgeber: Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert, 03044 Cottbus – Str. der Jugend 114 – Telefon 0355/22440

Fotos: Uwe Titscher, Internet, Günter Emmerlich
Satz und Layout: Uwe Titscher, Frithjof Newiak, Ute Breimann

e-mail: herzblatt@pds-cottbus.de

Redaktionsschluss
für die Oktober-Ausgabe ist der
20. September

Für gefundene Reschtschreipfehler gibt es keinen Finderlohn!